



02. Juni 2020

Lateinamerika in der *Corona*-Krise

Dr. Jan Woischnik, Annette Schwarzbauer, Olaf Jacob, Anja Czymmeck, Kevin Oswald, Andreas Klein, Sebastian Grundberger, Thomas Schaumberg, Dr. Christina Stolte, Stefan Reith, Maximilian Hedrich, Nicole Stopfer, Dr. Georg Dufner, Michaela Braun, Hans Blomeier, Ann-Kathrin Beck, Dr. Rudolf Teuwsen, Severin Harpf, Evelyn Gaiser, Winfried Weck, Hannah Freericks

Lateinamerika hat sich zum neuen globalen Hotspot der COVID-19 Pandemie entwickelt. Neben den gesundheitlichen Folgen der Corona-Krise fürchten die Staaten auch die wirtschaftlichen Konsequenzen, die die nationalen Shut-Downs nach sich ziehen werden. Für die rund 650 Millionen Menschen in der Region, von denen ein Großteil im informellen Sektor tätig ist und auf keinerlei staatliche Absicherung zählen kann, könnte die Pandemie auch ohne hohe Infektionszahlen zur Überlebensfrage werden.



Zum Mitnehmen:

- › Das Corona-Virus trifft auf eine Weltregion, deren Gesundheitssysteme in keiner Weise auf eine Epidemie dieses Ausmaßes vorbereitet sind und dessen soziale und wirtschaftliche Verwerfungen in Folge der Krise noch sehr schwer abzuschätzen sind.
- › Lateinamerika hat sich zum Hotspot der Pandemie entwickelt mit dem traurigen Ergebnis stetig steigender Infektions- und Todeszahlen.
- › Neben den gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie fürchten die Staaten Lateinamerikas die wirtschaftlichen Konsequenzen, die die nationalen Shut-Downs und die weltweite Rezession nach sich ziehen werden.
- › Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie die bevorstehende wirtschaftliche Krise treffen die vielen in Lateinamerika im informellen Sektor arbeitenden Menschen und die Ärmsten am härtesten.
- › Einige Länder der Region werden die Finanzierung der Corona-Maßnahmen und die Abfederung der Wirtschaftskrise nicht alleine stemmen können, sondern auf Unterstützung durch internationale Organisationen und Geberländer angewiesen sein.
- › Die Länder des Cono Sur – Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay – gehen unterschiedlich mit der Ausbreitung des Corona-Virus um und sind in unterschiedlichen Situationen von der Krise getroffen worden.
- › Trotz relativ guten Krisenmanagements in den Andenstaaten rechnen die Volkswirtschaften der Region in der Folge der Corona-Krise mit tiefen Einbrüchen ihrer Wirtschaftsleistung und einem starken Anstieg der Armut.
- › In den zentralamerikanischen Staaten und Mexiko sind momentan weder die gesundheitlichen, sozialen noch ökonomischen Konsequenzen abzusehen.
- › Aufgrund eines soliden Gesundheitssystems, der effizienten Reaktion der Regierung und des disziplinierten Verhaltens seiner Bevölkerung verzeichnet Costa Rica eine der weltweit niedrigsten Sterberaten.
- › Das Krisenmanagement der von populistischen Präsidenten regierten Länder Brasilien und Mexiko ist mangelhaft und verantwortlich für hohe Infektions- und Sterberaten.

Inhaltsverzeichnis

Lateinamerika in der <i>Corona</i>-Krise	1
Einleitung	4
COVID-19 im Cono Sur und Brasilien.....	5
Argentinien	5
Brasilien.....	7
Chile	9
Uruguay.....	11
COVID-19 in den Andenstaaten.....	12
Kolumbien.....	13
Venezuela.....	15
Peru.....	16
Bolivien	18
COVID-19 in Zentralamerika und Mexiko.....	20
Mexiko	20
Guatemala.....	22
Honduras	23
Costa Rica.....	25
Panama	26
Impressum	29
Die Autorinnen und Autoren	29

Einleitung

Dr. Jan Woischnik

Mit einiger zeitlicher Verzögerung gegenüber Asien und Europa ist die COVID-19 Pandemie Mitte März auch in Lateinamerika angekommen. Die Regierungen der Region haben sehr unterschiedlich auf die Bedrohung durch das Virus reagiert: Während einige Länder wie etwa Argentinien, Peru, Kolumbien oder Bolivien bereits nach wenigen bestätigten Fällen präventiv weitreichende Ausgangsbeschränkungen verhängten und ihre Grenzen schlossen, fielen die populistisch regierten Staaten Mexiko und Brasilien durch späte und halbherzige Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 auf.

Brasilien und Mexiko reagieren spät und halbherzig

Zwar haben mittlerweile fast alle Staaten der Region Quarantäne-Maßnahmen verhängt. Doch noch Ende März, als in vielen Staaten der Region bereits strengste Quarantänemaßnahmen verhängt worden waren und die Menschen vielerorts ihre Wohnungen nur noch für notwendige Einkäufe und Arztbesuche verlassen durften, rief Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador seine Bevölkerung dazu auf, die Gefahr des Virus nicht zu überschätzen und sich auch in Zeiten von Corona weiterhin zu umarmen. Auch in Brasilien ignorierte Präsident Jair Bolsonaro demonstrativ alle Warnungen der Weltgesundheitsorganisation und redete die Gefahr von Corona noch klein, als es auch in seinem Land schon zahlreiche Tote in Folge der Viruserkrankung zu beklagen gab. Auf diese Weise verspielten die beiden größten und bevölkerungsreichsten Länder der Region wichtige Zeit im Kampf gegen COVID-19.

Gesundheitssysteme auf Krise nicht vorbereitet

Dabei trifft das Virus auf eine Weltregion, deren Gesundheitssysteme in keiner Weise auf eine Epidemie dieses Ausmaßes vorbereitet sind und dessen soziale und wirtschaftliche Verwerfungen in Folge der Krise noch sehr schwer abzuschätzen sind. Mittlerweile hat sich Lateinamerika zum Hotspot der Pandemie entwickelt mit dem traurigen Ergebnis stetig steigender Infektions- und Todeszahlen.

Aus Ländern wie Brasilien oder Ecuador gibt es erschreckende Nachrichten von Corona-Erkrankten, die von überlasteten Krankenhäusern abgewiesen wurden und kurz darauf verstarben. In vielen Gegenden Lateinamerikas gibt es auch in normalen Zeiten kaum leistungsfähige Krankenhäuser. Beatmungsgeräte, wie sie die Behandlung von COVID-19 in schweren Fällen erfordert, sind meist nur in den Metropolen vorhanden.

Schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen erwartet

Neben den gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie fürchten die Staaten Lateinamerikas aber auch die wirtschaftlichen Konsequenzen, die die nationalen Shut-Downs und die weltweite Rezession nach sich ziehen werden. Denn für Lateinamerika könnte auf die Corona-Krise eine schwerwiegende Wirtschaftskrise folgen. Ökonomen rechnen damit, dass die Wirtschaft Lateinamerikas im kommenden Jahr um fast vier Prozent schrumpfen könnte. Schon vor dem Ausbruch von COVID-19 konnten die Volkswirtschaften der Region kaum noch Wachstum verzeichnen, die Realeinkommen der Menschen gingen zurück und die Armut wuchs. Viele Staaten waren außerdem bereits vor der Corona-Krise hoch verschuldet. Ihr Handlungsspielraum für soziale und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung ihrer Bevölkerungen während und nach der monatelangen Quarantäne-Zeit ist deshalb teilweise extrem gering.

Die UN-Wirtschaftskommission warnt daher, dass rund ein Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas in Folge der Corona-Krise unter die Armutsgrenze fallen könnte. Für die rund 650 Millionen Menschen in der Region, von denen ein Großteil im informellen Sektor tätig ist und auf keinerlei staatliche Absicherung zählen kann, könnte die Pandemie deshalb auch ohne hohe Infektionszahlen zur Überlebensfrage werden.

COVID-19 im Cono Sur und Brasilien

Annette Schwarzbauer

Die Länder des Cono Sur – Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay – gehen unterschiedlich mit der Ausbreitung des Corona-Virus um und sind in unterschiedlichen Situationen von der Krise getroffen worden. Argentinien steht vor einer neuerlich Staatspleite, die sich schon vor der Corona-Krise ankündigte. Das Land setzt aber trotz dieser negativen Voraussetzungen auf sehr strenge Quarantäne-Maßnahmen, die mit zusätzlichen wirtschaftlichen Herausforderungen verbunden sind. In Brasilien steht Staatspräsident Bolsonaro für eine möglichst breite Offenhaltung der Wirtschaft im Gegensatz zu einzelnen Gouverneuren, die Kontaktbeschränkungen verhängt haben, und zu zwei seiner Gesundheitsminister, die in den letzten Monaten zurückgetreten sind. Chile, vor wenigen Monaten noch Schauplatz von heftigen sozialen Protesten, führt regional unterschiedliche Quarantäne-Maßnahmen durch und versucht einen Mittelweg zu gehen. Die Volksabstimmung zur verfassungsgebenden Versammlung wurde wegen der aktuellen Krisensituation auf Oktober 2020 verschoben. Die neue Regierung in Uruguay, die im März 2020 angetreten war, sah sich sofort mit der Corona-Krise konfrontiert und hat diese mit Maßnahmen unter dem Motto „Freiheit in Verantwortung“ bisher gut bewältigt.

Argentinien

Olaf Jacob

Am Abend des 19. März 2020 kündigte Argentiniens Staatspräsident Alberto Fernández in einer landesweit ausgestrahlten Fernsehansprache den sofortigen Beginn einer nationalen Quarantäne an. Dies ging einher mit der unmittelbaren Einstellung des internationalen und nationalen Fernverkehrs. Noch acht Wochen nach Ankündigung der Maßnahmen zur „sozialen Isolierung“ sitzen tausende Argentinier im Ausland und auch in abgelegenen Regionen des Landes fest.

Wegen der drastischen und frühzeitig ergriffenen Maßnahmen der Regierung gilt das argentinische Modell zur Eindämmung der Pandemie als erfolgreich. Die Anzahl der offiziell an COVID-19 Erkrankten bleibt seit Wochen niedrig, bei zwischen 100 und 300 gemeldeten Fällen pro Tag. Epizentrum der Pandemie in Argentinien ist nach wie vor die Metropolregion Buenos Aires – und hier besonders die von Armut gebrandmarkten Randbezirke rund um die Hauptstadt sowie Pflegeheime.

Am 11. Mai wurden landesweit Lockerungen der Quarantäne angekündigt und mit sofortiger Wirkung umgesetzt. In vielen Provinzen, in denen bisher keine oder nur wenige COVID-19 Fälle gemeldet wurden, kehrt langsam wieder Normalität ein. Der Handel, Friseursalons und

sogar Restaurants sind wieder in Betrieb. Landesweit bleiben Schulen und Hochschulen aber weiterhin geschlossen. Auch der Fernverkehr bleibt untersagt. Laut Medienberichten sollen Inlandsflüge erst im September, internationale Flugverbindungen sogar erst im Dezember wiederaufgenommen werden.

Die Achillesferse der erfolgreichen und von weiten Teilen der argentinischen Bevölkerung mitgetragenen Politik zur Eindämmung der Pandemie (laut Umfragen stimmen über 70 Prozent dieser zu) ist die weitgehende Stilllegung der Produktion und des Handels im Großraum Buenos Aires. Über 50 Prozent des argentinischen Bruttoinlandsproduktes werden in dieser von der Epidemie am härtesten betroffenen Region erwirtschaftet. Die schrittweisen Lockerungen der „sozialen Isolation“ erlauben zwar die Wiedereröffnung ab Mitte Mai von zirka 50.000 kleinen Geschäften in der Hauptstadt und 500 mittelständischen Industriebetrieben im Ballungszentrum Buenos Aires, die Unternehmen werden jedoch verpflichtet, allen Mitarbeitern Atemschutzmasken zur Verfügung zu stellen und die Beförderung der Angestellten privat zu organisieren. Letzteres stellt eine logistische Herausforderung und finanzielle Belastung dar, die von zahlreichen mittelständischen Betrieben kaum erbracht werden kann. Die Nutzung des öffentlichen Personentransports soll wegen des Infektionsrisikos weiterhin exklusiv den systemrelevanten Berufstätigen vorbehalten sein.

Zur Eindämmung des Infektionsrisikos summieren sich wirtschaftspolitische Herausforderungen: Seit zwei Jahren befindet sich Argentinien in einer tiefen Rezession. Mit einer Schuldenquote von 90 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gilt das Land als stark überschuldet. Die Inflation erreichte im Jahr 2019 fast 54 Prozent. Die argentinische Währung wird trotz festem Wechselkursregime täglich weiter abgewertet. Vier von zehn Argentinern leben in Armut – Tendenz steigend. Die COVID-19-Pandemie wird diesen Negativtrend weiter potenzieren. Die schon vor Beginn der Quarantäne stark angeschlagene Wirtschaft steht still. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2020 von sechs bis zehn Prozent aus.

Die bisher erfolgreiche gesundheitspolitische Bekämpfung der Epidemie könnte der Regierung einen Pyrrhussieg bescheren: Zwar bleibt Argentinien von einer massiven Ausbreitung des Virus verschont, der Zusammenbruch der Wirtschaft aufgrund der strengen Isolationsmaßnahmen könnte hingegen eine deutliche Verschärfung der Armut, der Arbeitslosigkeit und des sozialen Abstiegs verursachen. Fiskalpolitische Maßnahmen zur Linderung der Symptome des wirtschaftlichen Lockdowns wirken wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Land verfügt einfach nicht über die notwendigen monetären Reserven, um in einer Post-Pandemie-Phase die Wirtschaft beim Wiederaufbau anzukurbeln.

Aus der Wissenschaft hingegen werden positive Nachrichten vermeldet: Argentinischen Forschern ist es gelungen, selbständig Schnelltests zur Diagnose von COVID-19 zu entwickeln. Wöchentlich sollen 100.000 Kits produziert werden. Die in Argentinien entwickelten und hergestellten Testsätze sollen die bisher geringe Anzahl von durchgeführten Untersuchungen deutlich erhöhen. Auch die einheimische Produktion von Beatmungsgeräten wurde deutlich hochgefahren. In diesem Zusammenhang waren die hohen Erwartungen in Bezug auf die Kooperation mit China zur Bekämpfung der Pandemie frustrierend: Die von China versprochene Spende von Beatmungsgeräten kam in Argentinien nie an, von Argentinien erworbene Instrumente, Schutzbekleidung und Schnelltests aus China waren qualitativ minderwertig und zum Teil unbrauchbar. China wird inzwischen als unzuverlässiger Partner beim Kampf gegen die Epidemie perzipiert. In den kommenden Wochen soll eine in Argentinien entwickelte Tracking-App namens „CuidAR“ für alle Arbeitnehmer verpflichtend eingesetzt werden. „CuidAR“ dient zur Selbstevaluierung des

Arbeitnehmers, bei der der Nutzer über die App regelmäßig seine Körpertemperatur, mögliche Symptome und Krankheitsfälle im engeren Umkreis an die zuständige Gesundheitsbehörde meldet. Auch Geolokalisierung soll im Rahmen der Tracking-App möglich sein. Datenschutzrechtliche Bedenken werden zurzeit diskutiert.

Das Knowhow zur Herstellung von Schnelltests, zur Produktion von Beatmungsgeräten und zur Entwicklung einer Tracking-App zeigt, dass Argentinien im Vergleich zu anderen Ländern der Region über hervorragend ausgebildete Wissenschaftler und Forscher verfügt. Dies ist Ergebnis einer weiterhin guten staatlichen Schul- und Hochschulbildung sowie der seit Jahrzehnten vom Staat geförderten Forschungspolitik - ein Lichtblick bei einer allgemein eher düsteren Zukunftsaussicht für Argentinien nach der Pandemie.

Brasilien

Anja Czymmeck und Kevin Oswald

Mit weit über 160.000 Infektionsfällen und über 11.000 Todesfällen (Stand: 11.05.2020) ist Brasilien aktuell eines der am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffenen Länder weltweit. Die Fallzahlen im Land steigen weiter exponentiell an und der Höhepunkt der Pandemie wird für Ende Mai bzw. Anfang Juni erwartet, wobei das öffentliche Gesundheitssystem an vielen Stellen am Limit oder bereits kollabiert ist. Im lateinamerikanischen Vergleich hat das Land die mit Abstand höchsten Infektionszahlen vor Peru mit knapp 60.000 Fällen.

Die Mehrzahl der Gesundheitsexperten vertritt angesichts der raschen Verbreitung und hohen Letalitätssrate sowie einer geschätzten hohen Dunkelziffer an Infizierten die Meinung, dass das Krisenmanagement der brasilianischen Regierung als mangelhaft bewertet werden muss. Lange hatte Staatspräsident Jair Messias Bolsonaro das neuartige Corona-Virus demonstrativ verharmlost und als „kleine Grippe“ heruntergespielt, obwohl Brasilien durch eingeschleppte Fälle aus Italien zurückgekehrter Touristen bereits frühzeitig mit Corona-Fällen konfrontiert war. Der erste Fall in Brasilien und ganz Südamerika war am 26. Februar in São Paulo gemeldet worden. Ab etwa Anfang März breitete sich das Virus insbesondere in den bevölkerungsreichen und wirtschaftsstarken Metropolen São Paulo und Rio de Janeiro rapide aus.

Nicht der Präsident oder die Regierung in Brasilia, sondern die Gouverneure der meisten brasilianischen Bundesstaaten waren es, die zum Schutz der Bevölkerung weitreichende Isolationsmaßnahmen und Ausgangsbeschränkungen anordneten. Diese umfassen beispielsweise die Schließung von Schulen und Kindergärten, Stränden, Restaurants und aller nicht-essentieller Geschäfte. Obwohl der Präsident zwischenzeitlich – zumindest halbherzig – etwas einlenkte und in einem Interview sogar von der „größten Herausforderung unserer Generation“ sprach, liegt eine entscheidende innenpolitische Konsequenz der Corona-Krise im nach wie vor offen ausgetragenen Streit zwischen dem Präsidenten und einer Mehrzahl der Gouverneure.

Bolsonaro befürchtet immense Schäden für die brasilianische Wirtschaft, welche sich nach Jahren der Krise langsam zu erholen schien und fordert daher beinahe täglich „die Rückkehr zur Normalität“ und eine vollumfängliche Öffnung für sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten. Die Gouverneure, unter denen sich selbst ehemalige enge politische Verbündete mittler-

weile vom Präsidenten abgewandt haben, sehen dies völlig anders. Für sie steht der Schutz der Bevölkerung vor der neuartigen Viruserkrankung im Vordergrund, weswegen alle Ressourcen und Kräfte mobilisiert werden sollen, um das öffentliche Gesundheitssystem und die Krankenhäuser vor dem Kollaps zu bewahren. Unterstützung erfuhren sie dabei einige Zeit lang vom inzwischen ehemaligen Gesundheitsminister Luis Henrique Mandetta, selbst Arzt und Verfechter konsequenter Isolationsmaßnahmen, der im Streit mit Bolsonaro am 16. April sein Amt jedoch aufgab.

Die offene Gegnerschaft der einflussreichen Gouverneure wie auch die demonstrativ provokante Haltung des Präsidenten spiegeln die tiefe Spaltung der brasilianischen Gesellschaft wider. Insbesondere in den Metropolen, die besonders viele Krankheitsfälle zu verzeichnen haben, bricht sich der Unmut der Bevölkerung seit Mitte März immer wieder Bahn, so z.B. in den für Lateinamerika typischen „panelaços“, also dem lautstarken Aufeinander-schlagen von Pfannen und Töpfen. Zugleich ist der Präsident, der der Wirtschaft vor dem Seuchenschutz Vorrang einräumt, keineswegs völlig isoliert, er scheint sich vielmehr auf einen harten Kern von Unterstützern verlassen zu können, die ihrerseits Demonstrationen veranstalten und eine rasche Öffnung fordern – ohne sich um jegliche Abstands- und Hygieneregeln zu kümmern.

Eine stabile Mehrheit der Bürger steht – auch angesichts schockierender Bilder aus überlasteten Krankenhäusern, beispielsweise aus dem ebenfalls stark betroffenen Amazonasgebiet im Norden – weiter hinter den verhängten Isolationsmaßnahmen. In deren Ausgestaltung bzw. im Hinblick auf Lockerungen gleicht das Land allerdings einem Flickenteppich. Koordination auf Bundes- und selbst auf Landesebene findet kaum statt. So gab etwa der Bürgermeister von Florianópolis bereits am 20.04. die Fitnessstudios wieder frei, wohingegen die Stadt Niterói im Bundesstaat RJ einen kompletten Lockdown verkündet hat.

Laut Statistiken sind bis zu 40 Prozent der erwerbstätigen Brasilianer informell beschäftigt. Deswegen richteten sich die ersten Hilfen der Regierung auch an diese Gruppe von Beschäftigten, denen staatliche Unterstützung von 600 Reais (=100€) pro Monat zugesichert wurde. Innerhalb von 24 Stunden registrierten sich etwa 22 Millionen Menschen für diese Hilfe.

Wirtschaftsminister Paulo Guedes verkündete zudem ein Hilfspaket für die brasilianische Wirtschaft in Höhe von 40 Milliarden Reais (etwa 7 Milliarden Euro). Kleine und mittlere Unternehmen sollen während der Krise auf Entlassungen verzichten, im Gegenzug will die Regierung mit Krediten helfen, mindestens zwei Monatslöhne von über 10 Millionen Beschäftigten zu bezahlen. Bisher gibt es in Brasilien noch keine offiziellen Statistiken über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen während der Krise. Aufgrund etwa der Abhängigkeit vom Tourismus und dem Verfall des Ölpreises ist jedoch definitiv mit schweren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

Erschwerend hinzukommt, dass sich die in den letzten Jahren rasant gestiegene Abhängigkeit von Importen aus China nun als folgenschwer erweist. Der Produktionsrückgang im Reich der Mitte zu Jahresbeginn hatte der mit Lieferengpässen konfrontierten brasilianischen Industrie bereits zu Beginn der weltweiten Pandemiewelle zugesetzt. Der Umgang mit

China ist ansonsten ambivalent, da einerseits Lieferungen von Masken und anderen medizinischen Gütern aus China benötigt werden, andererseits aber – ähnlich wie in den USA – selbst aus dem engen Kreis des Präsidenten Vorwürfe gegenüber chinesischen Repräsentanten erhoben wurden.

Problematisch ist auch, dass Investoren auf globaler Ebene Geldsummen in bisher ungekanntem Ausmaß aus Schwellenländern abziehen, was innerhalb weniger Wochen zu einer massiven Abwertung der brasilianischen Landeswährung Real geführt hat. Nicht wenige fürchten, dass die Folgen der Gesundheitskrise somit auch als Brandbeschleuniger Brasiliens auf dem Weg in die Überschuldung wirken könnten.

Chile

Andreas Klein

Die Maßnahmen der chilenischen Gesundheitsbehörden seit dem Auftreten des ersten Covid-Falles am 3. März konzentrierten sich zunächst auf die Identifizierung der Infektionsketten und die Isolierung von Personen, die mit einem Infizierten in Kontakt waren, sowie von Reisenden aus Risikoländern. Daneben verkündete Präsident Sebastian Piñera am 16. März ein weitreichendes Maßnahmenpaket mit der Verhängung des landesweiten Ausnahmezustandes, das unter anderem die Schließung der Landesgrenzen, eine nächtliche Ausgangssperre und die Suspendierung des Unterrichts umfasste. Darüber hinaus versuchte die Regierung über eine sogenannte „dynamische Quarantäne“ auf ansteigende Infektionszahlen punktuell zu reagieren.

Zur Durchsetzung der Maßnahmen wurde neben den Polizeikräften erneut das Militär eingesetzt. Was große Teile der Bevölkerung im Rahmen der sozialen Unruhen des vergangenen Jahres als drastische Beschneidung der Freiheits- und Menschenrechte auffasste und zudem ungute Erinnerungen an die Zeit der Militärdiktatur hervorrief, wurde nun weitgehend als notwendige Maßnahme zur Wahrung der Sicherheit im gemeinsamen Kampf gegen das Virus akzeptiert.

Mit bislang 37.000 Erkrankten und 368 Todesopfern (Stand: 15. Mai) in Folge der Virus-erkrankung ist Chile bislang noch verhältnismäßig glimpflich davongekommen. Dennoch bereiten sich die Friedhöfe auf eine größere Zahl von Todesopfern vor. Angesichts von in den zurückliegenden Tagen dramatisch ansteigenden Infektionszahlen insbesondere in der Hauptstadt Santiago hat die Regierung ab Freitag, den 15. Mai, eine zunächst auf eine Woche befristete Quarantäne für die Hauptstadtregion angeordnet.

Bei den Geräten zur künstlichen Beatmung haben die chilenischen Gesundheitsbehörden in den letzten Wochen zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Durch Zukäufe und die Umwandlung von Anästhesiegeräten liegt die Kapazität mittlerweile bei über 3.000 Apparaten. Jüngst erreichten 200 zusätzliche Geräte als Spende aus China und den Niederlanden das Land.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie sind in Chile nicht minder heftig als im Rest der Welt. Kupfer-, Lachs-, Obst- und Weinexporte leiden sowohl unter Nachfragerückgängen als auch unter Transportschwierigkeiten. Allein im März kam es zu rund 300.000 Entlassungen. Die Arbeitslosenquote, die vor den sozialen Protesten im Oktober bei sieben

Prozent gelegen hatte, wird durch COVID-19 deutlich in den zweistelligen Bereich steigen. Die Zentralbank erwartet – Stand Mitte April – für das laufende Jahr einen Rückgang des Sozialproduktes um zweieinhalb Prozent, der Weltwährungsfonds ist pessimistischer und rechnet mit einem Minus von viereinhalb Prozent.

Bereits im März brachte die Regierung im Rahmen der Corona-Krise ein umfassendes wirtschaftliches Hilfsprogramm auf den Weg. Das Programm umfasst unter anderem Steuererleichterungen, Direktzahlungen an Bedürftige, Maßnahmen zum Arbeitsschutz und die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für das Gesundheitssystem sowie für Gemeinden und Städte. Im April wurde das Hilfsprogramm mehrfach erweitert und es kamen Unterstützungsaktionen für Klein- und Mittelunternehmen sowie für im informellen Sektor Beschäftigte hinzu. Insgesamt umfasst das Hilfsprogramm Maßnahmen im Volumen von über 17 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von knapp sieben Prozent des chilenischen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Ein zentrales Element des wirtschaftlichen Hilfsprogrammes in Chile ist der Schutz von Arbeitsplätzen. Noch im März wurde das „Gesetz zum Schutz der Beschäftigung“ im Parlament verabschiedet. Allein im April nahmen mehr als 66.000 Unternehmen in Chile das Beschäftigungsschutzgesetz in Anspruch und suspendierten so die Gehaltszahlungen an mehr als eine halbe Million Arbeitnehmer, die auf die Arbeitslosenversicherung zurückgreifen können.

In einer ersten Ankündigung im März versprach die Regierung eine einmalige Unterstützungszahlung in Höhe von knapp 100 US-Dollar für Bedürftige und Niedrigverdiener. Hinzu kam in einem zweiten Schritt ein „Noteinkommen für Familien“. Rund viereinhalb Millionen Chilenen – fast ein Viertel der Bevölkerung – sind bezugsberechtigt. Gezahlt wird das Noteinkommen über drei Monate hinweg.

Der Ruf nach direkter staatlicher Unterstützung für private Unternehmen ist bislang nur vereinzelt laut geworden, zum Beispiel in Bezug auf die Fluglinie Latam, die – ähnlich wie Lufthansa – um ihr Überleben kämpft. Die Fluggesellschaft beschäftigt über 40.000 Mitarbeiter, gut ein Viertel davon in Chile. Offiziell hat die chilenische Regierung bisher direkte Maßnahmen für Großunternehmen abgelehnt.

Mit ihrem Konzept der dynamischen Quarantäne hat die Regierung bislang in einem Balanceakt versucht, den sanitären Herausforderungen der Pandemie gerecht zu werden und entschieden gegen das Virus vorzugehen, und zum andern die wirtschaftliche Entwicklung nicht völlig aus den Augen zu verlieren. So wurde nicht nur in systemrelevanten Betrieben wie der Lebensmittelindustrie der Betrieb aufrechterhalten, sondern auch in Teilen des Baugewerbes sowie im Dienstleistungsbereich weitergearbeitet. Nun erfordern die steigenden Infektionszahlen eine drastischere Vorgehensweise.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass bislang ein Großteil der Bevölkerung die Krisen-Politik der Regierung unterstützt. Die Rufe nach einem vorzeitigen Rücktritt von Staatspräsident Piñera, die zwischen Oktober und Januar laut und häufig zu hören waren, sind verklungen. Die unmittelbare Sorge um Gesundheit und Arbeitsplatz hat die Forderungen nach Systemwechsel und Verfassungsänderung von der gesellschaftlichen Tagesordnung verdrängt. Auf politischer Ebene vereinbarten Regierung und Parlament die Verschiebung der ursprünglich für Ende April angesetzten Volksabstimmung über die Durchführung einer verfassungsgebenden Versammlung auf Oktober dieses Jahres.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Prioritätenwechsel nur vorübergehender Natur ist. Spätestens im Vorlauf zur Verfassungsänderung werden die Konfliktthemen Renten-, Gesundheits- und Bildungsreform wieder auf die Agenda rücken. Die letzten Umfragen zeigen, dass auch weiterhin eine klare Mehrheit der Bevölkerung für die Erarbeitung einer neuen Verfassung ist.

Auch wenn Chile aus der Corona-Krise mit weniger tiefen Wunden als manch andere Nation hervorgehen sollte, so steht das Land gleichwohl aller Voraussicht nach vor einem langen Weg der Unsicherheit, die leicht zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise und zusätzlichem sozialen Sprengstoff führen kann.

Uruguay

Sebastian Grundberger und Thomas Schaumberg

In Uruguay fiel die Corona-Krise fast mit dem Regierungswechsel zusammen. Weniger als zwei Wochen nach Amtsübernahme einer bürgerlichen Regierung unter Präsident Luis Lacalle Pou traten am 13. März 2020 die ersten Fälle auf. Von Anfang an verfolgte die Regierung eine klare Linie, die sie bis heute durchhält. Hauptelemente dieser Strategie waren der Appell an das Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung und eine transparente Krisenkommunikation.

Uruguay schloss sehr schnell seine Grenzen, Schulen, Einkaufszentren und öffentliche Einrichtungen. Später erließ das Land eine Maskenpflicht in Supermärkten und im öffentlichen Personennahverkehr. Es gab aber zu keiner Zeit eine Ausgangssperre, Kontaktbeschränkungen oder eine generelle Anordnung für Restaurants und den Einzelhandel zu schließen. Stattdessen sprach Präsident Lacalle Pou immer wieder von „Freiheit in Verantwortung“ und appellierte so an seine Landsleute, die Ratschläge der Regierung zu befolgen.

Diese lancierte eine breit angelegte Informationskampagne und forderte die Bevölkerung etwa dazu auf, die Wohnung möglichst wenig zu verlassen und nicht in andere Landesteile zu reisen. Banner und Leuchtreklamen im ganzen Land warben mit „Bleib‘ zu Hause“ oder klärten über Hygienevorschriften auf. Ordnungskräfte machten auf Social-Distancing-Maßnahmen aufmerksam und verteilten Schutzmasken. Begleitet wurde dies von einer freiwilligen App. Diese diente zunächst nur zur Information, soll nun aber in Zusammenarbeit mit Google auch mit einer anonymisierten Tracking-Funktion ausgestattet werden. Letzteres birgt im Land kaum politischen Sprengstoff.

Hervorzuheben ist zudem die regelmäßige und transparente Kommunikation der Regierung. In den ersten Tagen der Pandemie fanden täglich Pressekonferenzen statt, in denen der Präsident selbst oder Regierungsmitglieder über Fallzahlen und die jüngsten Maßnahmen informierten. Später fanden diese dann in größeren Zeitabständen statt. Jegliche triumphale Rhetorik über eigene Erfolge wurde konsequent vermieden, während der Präsident betonte, alle positiven Entwicklungen seien der Disziplin der Bürger zu verdanken.

Der „uruguayische Weg“, wie Lacalle Pou diese Strategie selbst nannte, scheint bisher von Erfolg gekrönt zu sein. Nie gab es mehr als 50 bestätigte Neuinfektionen an einem Tag, wobei die Testkapazitäten auf täglich über 1000 ausgeweitet wurden. Mit bis zum 17. Mai insgesamt 734 bestätigten Corona-Fällen und 20 Toten kam das 3,4 Millionen Einwohner zählende Land im lateinamerikanischen Vergleich bisher äußerst gut davon.

Nachdem die bestätigten täglichen Neuinfektionen zumeist auf unter zehn pro Tag gesunken waren, wurde eine behutsame Wiedereröffnung des öffentlichen Lebens sowie verschiedener Wirtschaftssektoren in Gang gesetzt. Restaurants, Cafés, Fabriken, der Einzelhandel und öffentliche Einrichtungen öffneten wieder verstärkt, während Hygiene-

protokolle (Abstandregeln, Temperaturmessungen, Maskenpflicht) umgesetzt wurden. Auch Schulen sollen langsam wieder geöffnet werden. Mittlerweile lässt sich eine zunehmende Sorglosigkeit der Bevölkerung bei der Befolgung der Hygieneempfehlungen beobachten.

Uruguay war das erste Land der Region, welches hohe Gehälter im öffentlichen Dienst – Präsident und Regierungsmannschaft inklusive – vorübergehend um bis zu 20 Prozent kürzte. Die Einsparungen wurden zur Startfinanzierung eines Corona-Fonds genutzt, aus dem Unterstützungsleistungen wie Kurzarbeit oder Staatshilfen für Einzelunternehmen finanziert werden. Aufgrund dieser Maßnahmen sowie Hilfspaketen für sozial Schwache und Beschäftigte im informellen Sektor liefen Forderungen der Opposition nach Enteignungen, Sondersteuern, einem bedingungslosen Grundeinkommen und einer totalen Ausgangssperre ins Leere. Im Gegenteil konnte die Regierung deutlich profitieren. Zwischenzeitlich stieg die Zustimmung zur Amtsführung Lacalles in Umfragen auf 65 Prozent, während nur rund 20 Prozent der Befragten der Regierung eine schlechte Arbeit in der Krise attestieren.

Insgesamt bot die Corona-Krise bisher wenig gesellschaftliches Spaltungspotenzial. Der Hauptkritikpunkt an der Regierung war bisher, dass sie trotz der Corona-Krise daran festhielt, ein umfangreiches, vor allem die Bereiche Sicherheit, Bildung und Wirtschaft betreffendes Gesetzespaket im Schnellverfahren ins Parlament einzubringen und es in Marathonsitzungen diskutieren zu lassen.

Was die internationale Dimension der Krise betrifft, zeigten sich Regierung und Öffentlichkeit besonders über die Situation in Brasilien besorgt, mit dem das Land einige gemeinsame Ortschaften teilt und dessen Grenze praktisch nicht komplett abriegelbar ist. Die Nachrichten von steigenden Fallzahlen aus anderen Ländern und das erratische Handeln etwa des US-Präsidenten trugen in Uruguay sicherlich dazu bei, dass die Menschen sich größtenteils an die Regierungsempfehlungen hielten. Zwar bot China medizinisches Material an und der chinesische Botschafter berichtete dem Präsidenten von Erfahrungen in seinem Land, doch blieb dies nur eine Randnotiz in der öffentlichen Wahrnehmung. Ein Abdriften in autoritäre bzw. illiberale Regierungsstile steht in Uruguay genauso wenig zu befürchten wie eine Neuausrichtung des außenpolitischen Kompasses in Folge der Krise. Dieser ist weiter fest auf Multilateralismus, internationalen Freihandel und regionale Integration ausgerichtet. Es ist auch zu erwarten, dass Uruguay eher früher als später bereit ist, die eigenen Grenzen wieder weitgehend zu öffnen.

COVID-19 in den Andenstaaten

Dr. Christina Stolte

Erste Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von Corona wurden in den Andenstaaten bereits Mitte März getroffen. Neben der Schließung der Landesgrenzen und der Aussetzung des Flugverkehrs wurden hierbei in allen Staaten der Region strenge Quarantäne-Maßnahmen ergriffen, die – trotz nun allmählich einsetzender Lockerungen für besonders relevante Wirtschaftssektoren – die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung bis heute massiv einschränken. Da sich die Menschen der enormen Bedrohung bewusst sind, die eine Ausbreitung der COVID-19 Epidemie für ihre Länder aufgrund der wenig leistungsfähigen Gesundheitssysteme darstellt, trafen die strikten Maßnahmen bisher auf Verständnis und breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Obwohl die über zweimonatigen Ausgangssperren verheerende wirtschaftliche Auswirkungen für viele Menschen haben, blieb es daher in allen Staaten der Region überraschend ruhig. Größere Proteste gegen die verhängten Maßnahmen blieben bisher aus. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, da die Corona-Krise in einigen Ländern wie etwa Venezuela oder Bolivien nicht nur eine gesundheitliche Bedrohung darstellt, sondern auch große politische Sprengkraft besitzt.

Wenngleich es mithilfe der strikten Maßnahmen - von wenigen Hotspots abgesehen - bislang weitgehend gelungen ist, die Ausbreitung von COVID-19 in der Andenregion einzudämmen, zahlen die Volkswirtschaften der Region einen hohen Preis im Kampf gegen das Virus: Alle Staaten rechnen in der Folge der Corona-Krise mit tiefen Einbrüchen ihrer Wirtschaftsleistung und einem starken Anstieg der Armut. Die langfristigen Opferzahlen der Pandemie dürften daher wohl weitaus größer sein, als es die direkten Infektions- und Todesraten vermuten lassen.

Kolumbien

Stefan Reith

Seit dem ersten medizinischen Nachweis einer Coronainfektion in Kolumbien am 6. März 2020 hat das Gesundheitsministerium 14.216 Infektionen und 546 Todesfälle registriert (Stand 15.5.2020). Die Dunkelziffer unter den ca. 50 Millionen Einwohnern dürfte aber sehr viel höher sein. Die Testkapazität ist sehr gering - bis Mitte Mai wurden erst 130.000 Tests durchgeführt. Gesundheitssystem und Laborkapazitäten außerhalb der urbanen Zentren sind prekär. Aufgrund seiner Geographie, die weite Teile des Landes unzugänglich macht, sowie der seit Jahrzehnten andauernden Konfliktgeschichte gibt es in den peripheren Gebieten des Landes weder eine signifikante staatliche Präsenz noch ein auch nur in Ansätzen funktionierendes Gesundheitssystem.

Die Regierung von Präsident Ivan Duque hat auf die Krise schnell und entschieden reagiert. Am 13. März wurde eine präventive Quarantäne für Einreisende aus China, Spanien und Frankreich verhängt. Wenige Tage später wurden Schulen und Universitäten sowie die

Landesgrenzen geschlossen. Seit dem 25. März gilt eine strenge landesweite Quarantäne, die mehrfach verlängert wurde und aktuell bis zum 25. Mai gültig ist. Der reguläre nationale und internationale Flugverkehr ist bis auf weiteres eingestellt. Diese Maßnahmen dürften eine starke Verbreitung des Virus deutlich reduziert haben. Von den 3,9 Millionen Fällen, von welchen die Regierung in einem Szenario ohne Kontaktbeschränkungen eigenen Berechnungen zufolge ausgegangen war, ist man trotz Berücksichtigung möglicher Dunkelziffern weit entfernt.

Mit einer ganzen Reihe von Dekreten versucht die Regierung, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern. Über einen nationalen Garantiefonds wurde Unternehmen Kredite zur Lohnfortzahlung bereitgestellt, um Massenentlassungen zu verhindern. Einkommensschwache Familien erhielten Soforthilfen. Bestehende staatliche Sozialprogramme für Rentner und Familien wurden ausgebaut. Gebührenzahlungen für Strom, Wasser und Gasversorgung wurden teilweise ausgesetzt. Für die Rückzahlung von Hypotheken und Krediten verfügte die Regierung einen Aufschub. Investitionen in das unterfinanzierte Gesundheitssystem sowie soziale und wirtschaftliche Maßnahmen

finanzierte die Regierung durch die Neuaufnahme von Schulden auf den internationalen Finanzmärkten und die Schaffung eines Notfallfonds, der sich unter anderem aus einem Rentenfonds für Beamte und Staatsangestellte speist. Kreditanträge beim internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von insgesamt über zwölf Milliarden US-Dollar sind zum Teil bereits bewilligt.

Bislang genießt das Krisenmanagement der Regierung das Vertrauen der Bevölkerung. Präsident Ivan Duques niedrige Zustimmungsraten vor der Krise sind stark verbessert; nach aktuellen Umfragen beurteilen erstmals mehr Kolumbianer seine Amtsführung positiv als negativ. In abendlichen Lageberichten informiert der Präsident die Nation persönlich über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmen. Eine Website mit umfassenden aktuellen Informationen zur Covid-Krise dient als wichtige Informationsplattform. Während Gouverneure und Bürgermeister, insbesondere seine politische Widersacherin und Hauptstadtbürgermeisterin Claudia López, den Präsidenten anfangs mit Forderungen nach einer strikten Quarantäne vor sich hergetrieben hatten, erfährt Duques Strategie einer "intelligenten Quarantäne" inzwischen breite Zustimmung. Verschiedene Wirtschaftssektoren wie das Baugewerbe und die produzierende Industrie durften den Betrieb wieder aufnehmen. Weitere Öffnungsschritte zur Reaktivierung der Wirtschaft werden diskutiert. Einige Experten kritisieren die Lockerungen der Maßnahmen allerdings als verfrüht und sehen den Höhepunkt der Epidemie im Juni und Juli auf das Land zukommen. Herausforderungen, die Kolumbien schon vor der Pandemie prägten, könnten dann zu einer großen Bürde werden.

Zentraler Schwachpunkt ist der informelle Sektor, in dem etwa 50 Prozent der Beschäftigten tätig sind. Der Großteil dieser Menschen verfügt über keine soziale Absicherung und ist von der Gesundheits- und Wirtschaftskrise schon jetzt massiv betroffen. Sorge bereiten zudem die offiziell 1,8 Millionen venezolanischen Migranten. Tausende haben in der Krise bereits ihre Einkommensmöglichkeiten verloren und sich trotz der katastrophalen Lage in ihrer Heimat auf den Rückweg gemacht. Die Migrationsbewegungen sind kaum zu kontrollieren und erhöhen das Infektionsrisiko sowohl der Migranten als auch der einheimischen Bevölkerung. Vielerorts kam es bereits zu fremdenfeindlichen Vorfällen gegen Venezolaner, die zunehmend als Bedrohung wahrgenommen werden. Auch der ohnehin schon fragile Friedensprozess wird durch die Pandemie gefährdet. Medien berichten von einer deutlich zunehmenden Rekrutierung von Jugendlichen durch kriminelle Gruppen, insbesondere durch die ELN, welche die Situation nutzen, um ihren Einflussbereich in den Regionen auszubauen und den Staat zu ersetzen. Die Bedrohung und Ermordung von sozialen Führungspersonlichkeiten hat im Vergleich zum letzten Jahr zugenommen, weil diese Personen in der Quarantäne zu leichten Zielen werden. Zu Brennpunkten der Covid-Krise könnten vor allem die kaum kontrollierbaren Grenzgebiete zu Venezuela und Brasilien werden. Das venezolanische Gesundheitssystem ist längst zusammengebrochen, so dass eine Infektionswelle leicht über die poröse über 2000 km lange Grenze nach Kolumbien schwappen kann. Im Süden breitet sich das Virus vom brasilianischen Manaus entlang des Amazonas nach Kolumbien aus. Intensivbetten, Test- und Beatmungskapazitäten sind in der kolumbianischen Amazonasregion allerdings kaum vorhanden.

Ob die Regierungsstrategie einer intelligenten Quarantäne - soziale Distanz und Schutzmaßnahmen bei gleichzeitiger Reaktivierung der Wirtschaft - angesichts dieser Herausforderungen aufgehen kann, werden erst die nächsten Wochen zeigen.

Venezuela

Maximilian Hedrich

In Venezuela hat die Corona-Krise die bereits vorhandene soziale, politische und wirtschaftliche Krise nochmals verschlimmert. Kurz nach Bekanntgabe des ersten COVID-19 Falls hat das sozialistische Regime in Caracas strenge Vorsichtsmaßnahmen verhängt. So wurden ab dem 14. März zunächst der internationale und schließlich auch der nationale Flugverkehr eingestellt. Diese ersten Maßnahmen zeigten Wirkung und konnten einen heftigen Ausbruch von COVID-19 zunächst eindämmen. Laut offiziellen Zahlen liegt die Fallzahl bei knapp über 500 nachgewiesenen Fällen und nur 10 Todesfällen. Experten zweifeln jedoch stark an der Richtigkeit dieser Zahlen.

Momentan sind die Landgrenzen mit Venezuela von Seiten der kolumbianischen und brasilianischen Regierung geschlossen. Seit dem 16. März gilt in Venezuela der Alarmzustand, der mittlerweile bis zum 13. Juni verlängert wurde. Von staatlicher Seite wurden strenge Quarantänemaßnahmen eingesetzt. Es herrscht Maskenpflicht im öffentlichen Raum. Geschäfte sind mit der Ausnahme von Lebensmittelläden und Apotheken geschlossen, das restliche Schuljahr wurde suspendiert und in einigen Bundesstaaten und Gemeinden wurden strenge Ausgangssperren verhängt. Diese werden teilweise durch Militärkontrollen sowie Milizen kontrolliert.

Für einen Großteil der Venezolaner sind diese Einschränkungen kaum ein- und durchzuhalten. Viele arbeiten in inoffiziellen Beschäftigungsverhältnissen und sind darauf angewiesen tagtäglich ein wenig Geld zu verdienen, um ihre schon vorher prekäre Versorgungssituation halbwegs sichern zu können. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt, dass jeder dritte Venezolaner von Ernährungsunsicherheit betroffen ist; über zwei Millionen Venezolaner sogar in besonders schwerwiegender Form. Angesichts der drohenden Hungerkatastrophe entschied der venezolanische Staat Ende April bei 27 Produkten des alltäglichen Bedarfs erneut die Preiskontrolle einzuführen. Außerdem verkündigte die sozialistische Führung in Caracas, dass sie einige Firmen

„übernehmen“ sowie den Produktverkauf von drei großen Lebensmittelherstellern zukünftig kontrollieren werde. Dies hat - wie schon in der Vergangenheit - erneut dazu geführt, dass die Inflation galoppiert und sich in einigen wichtigen Produktbereichen, z.B. Maismehl oder Eier, ein Mangel eingestellt hat. Mehr als 79 Prozent der Venezolaner bekunden, dass sie diesen Mangel an Produkten der Grundversorgung in den Supermärkten spüren.

Zusätzlich zur Versorgungskrise bricht die öffentliche Infrastruktur immer mehr zusammen. 40 Prozent der Venezolaner leiden derzeit unter Unterbrechungen bei der Stromversorgung, über 70 Prozent haben keine reguläre Gasversorgung und circa 25 Prozent keinen Zugang zu Trinkwasser. Trotz der strengen Quarantänemaßnahmen hat dies zur Folge, dass ein Großteil der Bevölkerung seine Häuser auf der Suche nach Wasser, Gas und Lebensmitteln verlassen muss. Parallel zur Corona-Krise durchlebt das erdölreichste Land der Welt zudem eine extreme Versorgungskrise bei Benzin. Die Infrastruktur- und Benzinkrise hat zudem verheerende Folgen für das Gesundheitssystem sowie die Lebensmittelversorgung.

Die Einschränkungen bei der Bewegungsfreiheit werden von den verschiedenen Gesellschaftsgruppen unterschiedlich angenommen und umgesetzt. In den ärmeren Sektoren werden die Maßnahmen weniger befolgt, jedoch wesentlich stärker von den Sicherheits-

kräften kontrolliert. Die Realität der Bevölkerung im Landesinneren unterscheidet sich stark von der Hauptstadtregion Caracas. Die Polizei und Nationalgarde überwachen hier strikt und teilweise gewaltsam die Bewegungsaktivitäten der Bevölkerung. In Caracas hingegen werden die Bewegungsfreiheiten vor allem im Fußgängerverkehr wesentlich flexibler gehalten. Dies trifft vor allem auf Stadtteile zu, in denen die Ober- und Mittelschicht lebt. In den riesigen Armenvierteln der Hauptstadt haben bewaffnete Milizen die Kontrolle über den Alltag übernommen. Insgesamt schaut die Bevölkerung mit großer Sorge auf die Verlängerung der Ausgangsbeschränkungen, da viele - ob arm oder reich - diese wirtschaftlich nicht länger durchhalten können.

Trotz einiger Hungerproteste sowie „Caserolazos“ in einigen Städten des Landes, sind größere, koordinierte Proteste bislang ausgeblieben. Auch die registrierten Proteste und Plünderungen hängen eher indirekt mit den Folgen von COVID-19 zusammen. Sie sind vielmehr ein Ausdruck des Überlebenskampfes der hart gebeutelten ärmeren Bevölkerung, die nun auch die letzte Möglichkeit verloren hat, um sich durch inoffizielle Arbeit eine minimale Existenz zu sichern.

Die vom sozialistischen Regime verkündeten Wirtschaftsmaßnahmen konnten keinerlei Abmilderung der sozialen Katastrophe herbeiführen. Zum 1. Mai wurde zwar der Mindestlohn per Dekret auf 800.000 Bolívares erhöht, dies hat jedoch bei der galoppierenden Inflation kaum Effekt. Auch die angekündigten Hilfsleistungen über das „Carnet de la Patria“ (ein spezielles Ausweisdokument zur Erfassung des sozioökonomischen Status und sozialen Kontrolle der Inhaber) ist bei weitem unzulänglich. Um den Gesundheitssektor zu stärken verabschiedete die demokratisch legitimierte Nationalversammlung unter der Führung von Parlamentspräsident Juan Guaidó einen nationalen Notfallplan. Die erste Phase namens „Gesundheitshelden“ versucht über eine digitale Plattform Mitarbeiter des Gesundheitssektors mit 100 US-Dollar pro Person zu unterstützen. Bisher haben sich mehr als 75.000 Personen registriert, die Plattform wurde jedoch doch schon mehrmals blockiert.

Die Corona-Krise hat erheblichen Einfluss auf die politische Lage in Venezuela. Für die Opposition ist es in diesen Zeiten extrem schwierig politisch zu agieren. Die Kontrolle des Regimes ist allumfassend. Es kann durch seine Sicherheitskräfte und den gut funktionierenden Geheimdienst derzeit praktisch „durchregieren“. Damit ist das Maduro-Regime trotz der katastrophalen Lage im Land derzeit der politische Gewinner der COVID-19 Krise. Durch die Verstärkung der gewaltsamen Kontrolle zerschlägt sie rasch jegliche Form des Protests. Angesichts der zusammenbrechenden Infrastruktur und des Mangels an Strom, Wasser und Benzin, kommt ihr die derzeitige Corona-Krise gerade recht, um die Bevölkerung noch besser kontrollieren zu können. So ist es gut möglich, dass die jüngste Verlängerung der Quarantänemaßnahmen bis zum 13. Juni nicht die letzte gewesen sein könnte.

Peru

Nicole Stopfer

Peru registrierte seinen ersten offiziellen COVID-19 Fall am 06. März. Neun Tage später, am 15. März, rief der peruanische Präsident Martin Vizcarra den Nationalen Notstand aus und ordnete drastische Maßnahmen an, welche bis dato kaum ein anderes Land in der Region umgesetzt hatte: Neben der kompletten Schließung aller See-, Luft- und Wasser- Grenzen wurde eine obligatorische soziale Distanzierung verordnet. Lediglich der Gang zum

Supermarkt, Arzt oder zur Apotheke waren seither erlaubt. Während diese Maßnahmen ursprünglich für lediglich zwei Wochen gelten sollten, wurden sie fortan in einem zwei-Wochen-Rhythmus wiederholt verlängert und um komplette Ausgangssperren nachts und an Sonntagen erweitert.

Bemerkenswert ist, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen zur sozialen Isolation über mehrere Wochen hinweg trotz ihrer schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen als positiv bewertet und dieser Strategie zur Verlangsamung der Ausbreitung des Virus im Wesentlichen zustimmt. Laut Umfragen sprachen sich Anfang Mai immer noch 84 Prozent für eine obligatorische soziale Isolation aus. Gleichzeitig scheint nach über 60 Tagen die Zahl derer zu steigen, die die Ausgangssperren trotz Strafzahlungen und Festnahmen nicht einhalten. Auch werden kritische Stimmen aus Politik und Wirtschaft zunehmend lauter: Vor allem das späte Erkennen der Corona-Hotspots auf den lokalen Märkten sowie im öffentlichen Verkehr haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Infektionen trotz strenger Ausgangssperren stetig wächst. Vor diesem Hintergrund scheinen die getroffenen Isolationsmaßnahmen unwirksam.

Im Vergleich zu anderen Ländern in der Region konnte Peru nicht zuletzt aufgrund langjähriger, strenger Fiskalpolitik am Anfang der Corona-Krise auf eine gute wirtschaftliche Ausgangsposition setzen und ein beachtliches wirtschaftliches Hilfspaket verabschieden, welches Investitionen von bis zu 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beinhaltet. Die anfänglichen Befürchtungen, eine ständige Verlängerung der Ausgangssperre oder weitere Beschränkungen könnten negative Auswirkungen auf die schwächsten und ärmsten Teile der Bevölkerung haben und zu sozialen Unruhen führen, wurden bisher nicht bestätigt. Nichtsdestotrotz gehört der informelle Sektor, der 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Peru ausmacht, langfristig zu den Verlierern der Situation. Ein Versuch, die negativen Auswirkungen auf diesen Teil der Bevölkerung zu mindern, beinhaltete die im Hilfspaket enthaltene Schenkung von Boni an bedürftige Familien. Trotz einiger Erfolge konnte diese Initiative jedoch nicht verhindern, dass zahlreiche Familien seit einigen Wochen aufgrund mangelnder finanzieller Mittel per Fußmarsch zurück in ihre Heimatprovinzen abwandern.

Aber auch der formelle Sektor hat starke Einbrüche erfahren; allein in Lima ist die Arbeitslosenrate auf neun Prozent angestiegen – ein historischer Rekord. Experten rechnen damit, dass die peruanische Wirtschaft im zweistelligen Bereich schrumpfen wird. Die Isolationsmaßnahmen haben der Volkswirtschaft ernsthaften Schaden zugefügt.

Neben dem Präsidenten, der seine Zustimmungswerte in der Bevölkerung während der Corona-Krise auf 87 Prozent steigern konnte, zählt auch ein externer Akteur zu den Gewinnern: China hat es mit der Ankunft des Coronavirus in Peru und Lateinamerika verstanden, sich die Herausforderung zunutze zu machen, die dies für die Volkswirtschaften der Region darstellt, um sich als führende Macht und wichtiger Partner bei der Bewältigung

der Gesundheitskrise zu etablieren. Während Peru in den Monaten Januar bis März insgesamt rund 29 Millionen Atemschutzmasken nach China und Hong Kong exportiert hatte, wurde die Lieferkette mit Ankunft des Coronavirus in Peru umgedreht. Die rund 100.000 aus China geschenkten Schutzmasken haben dabei einen hoch symbolischen Charakter und stehen im Einklang mit ähnlichen propagandistischen Aktionen rund um den Globus. Wenngleich die USA und zahlreiche europäische Staaten, darunter auch Deutschland, ähnliche Hilfsaktionen unternommen haben, scheinen diese zumindest medial nicht gleichwertig präsent zu sein.

Ende April wurde ein Vier-Stufen-Plan zur Reaktivierung der peruanischen Wirtschaft verabschiedet. Im Zuge der ersten Phase im Monat Mai soll bis zu 70 Prozent der wirtschaftlichen Tätigkeit wiederaufgenommen werden, darunter vor allem der Bereich Bergbau und Industrie, Bau, Handel und Tourismus. Die Wiederaufnahme der Tätigkeiten steht dabei unter einer Dauerevaluierung durch das Gesundheitsministerium. Die sektorale Wiedereröffnung ist zudem an sehr hohe Sicherheits- und Gesundheitsauflagen gekoppelt, welche gerade zu Beginn der ersten Phase zu Verwirrung, Unverständnis und Unsicherheit geführt haben. Auflagen, wie etwa das Verbot des Wiedereinstiegs bei Übergewicht, wurden nach kurzer Zeit wieder gekippt.

Die im Mai nach asiatischen Vorbildern ins Leben gerufene App "Peru en tus manos" (Peru in deinen Händen) soll Bürger unter anderem vor Gebieten mit hohen Ansteckungswahrscheinlichkeiten warnen und bildet ein wichtiges Instrument im Streben nach einer schrittweisen Rückkehr zur „Normalität“ bei gleichzeitiger Vermeidung neuer Infektionen. Ob durch diese Maßnahmen das Dilemma zwischen Verhinderung weiterer Ansteckungen und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage aufgehoben werden kann, wird sich jedoch erst im Zuge der nächsten Wochen zeigen.

Bolivien

Dr. Georg Dufner

Für Bolivien hat die Corona-Krise aus zwei Gründen das Potential enormer gesellschaftlicher Sprengkraft. Der erste Grund ist strukturell in der Armut des Landes und dem maroden Gesundheitssystem angelegt. Der zweite Grund liegt in der aktuellen politischen Konjunktur: Die Übergangsregierung von Präsidentin Áñez steht einer massiven Opposition der ehemaligen Regierungspartei MAS gegenüber, die unter anderem eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress besitzt. Die ursprünglich auf den 3. Mai angesetzten Präsidentschafts- und Kongresswahlen wurden aufgrund der Corona-Krise nicht abgehalten, der Wahltermin soll nach Bestrebungen der unabhängigen Wahlbehörde (Órgano Electoral Plurinacional) zwischen Ende Juni und Ende September stattfinden. Der Kongress hätte dem zustimmen müssen, tat dies auf Druck des exilierten Ex-Präsidenten Morales aber nicht. Stattdessen verabschiedete der MAS mit seiner Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress am 30.4. ein Gesetz, das Wahlen bis spätestens zum 2. August vorschreibt. Die Regierung Áñez lehnt das Gesetz und den Wahltermin unter Verweis auf die Pandemiesituation ab. Sowohl beim MAS als auch in der Regierungskoalition „Juntos“ spielen wahltaktische Erwägungen und die mittelfristige Entwicklung der Umfragen eine entscheidende Rolle.

In der Zwischenzeit muss die Interimsregierung aus einer angegriffenen Position heraus schwere Abwägungen zwischen Pandemiebekämpfung und sozialem und wirtschaftlichem Wohlergehen treffen. Dass dieses explosive Gemisch noch nicht detoniert ist, liegt primär an der Spaltung des MAS und der noch anhaltenden Geduld der Mehrheit der Bolivianer. Dieses fragile Gleichgewicht kann aber mit sinkender Wirtschaftsleistung, zunehmenden Diskussionen über die Amtsführung der Regierung, dem wachsenden Wunsch nach Wahlen und Lockerungen der Corona-Regelungen auch leicht ins Wanken kommen.

Die Regierung hat seit Ende März drastische Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Bolivien getroffen. Die seit Sonntag, den 22. März herrschende Quarantäne wurde landesweit bis zum 10. Mai mit deutlichen Beschränkungen für die persönlichen Freiheiten

durchgesetzt. Die Bolivianer durften in dieser Zeit nur an einem Vormittag der Woche (abhängig von der Endnummer des Personalausweises) zu Fuß das Haus verlassen, ausschließlich um allein, mit Mund- und Nasenschutz Einkäufe oder Arztbesuche zu tätigen. Fahrzeuge durften nur mit Sondergenehmigung bewegt werden. Polizei und Militär überwachen die Maßnahmen. Die Grenzen, internationale und nationale Verbindungen sowie der öffentliche Nahverkehr sind mindestens bis zum 31. Mai unterbrochen.

Zwar wurde die Quarantäne vereinzelt als direkte Provokation durch MAS-nahe Gruppen, aber auch aus schlichter Unwissenheit, wirtschaftlicher Notwendigkeit (Erntezeit in der Subsistenzlandwirtschaft) oder aufgrund der mangelhaften Ausgestaltung der Maßnahmen (Geldleistungen in ländlichen Gebieten ohne Bankeninfrastruktur) gebrochen. Eine Mehrheit der Bolivianer sah die Maßnahmen jedoch bisher als notwendig und überwiegend sinnvoll an, weshalb die Interimspräsidentin zwischenzeitlich in den Umfragen an Statur gewinnen konnte. Die Kontakt- und Ausgangssperren und der Einsatz von Polizei und Militär werden, außer unter den radikalsten Anhängern des Ex-Präsidenten Evo Morales, bisher als notwendig angesehen und kaum in Frage gestellt.

Politisch profitierte von den derzeitigen Umständen bisher vor allem die Exekutive, die auf einer medizinisch-technischen Ebene sinnvolle Entscheidungen zu treffen schien. *Áñez'* wichtigste Gegner im pausierten Wahlkampf (MAS, Carlos Mesa) litten unter der Omnipräsenz der Interimspräsidentin. Allerdings mischt sich unter die anerkennenden Urteile mittlerweile auch deutliche Kritik, etwa zu einem (nach heftigem Widerspruch am 14. Mai zurückgezogenen) pressefeindlichen Dekret gegen Falschinformationen in der Corona-Krise. Mehrere Korruptionsfälle, der Missbrauch öffentlicher Güter und die damit verbundenen Rücktritte von zwei Ministern, zwei Staatssekretären, dem Geschäftsführer des Gaskonzerns YPFB sowie dem Leiter des Fonds für Indigene Entwicklung belasten die fragile Interimsregierung und lassen die Bürger sukzessive an deren Integrität und Problemlösungskapazität zweifeln.

Seit Anfang Mai wird die Überforderung des Gesundheitssystems insbesondere im am stärksten von der Pandemie betroffenen Departement Santa Cruz deutlich. Die Regierung hat offensichtlich Schwierigkeiten, die anfänglich versprochene Ausrüstung (Masken, Beatmungsgeräte, etc.) auch tatsächlich zu besorgen. Massive Zweifel werden zudem an den offiziellen Zahlen bekundet. Die minimalen Testkapazitäten von unter 200 Proben pro Tag und die lange Zeit auf sehr tiefem Niveau verharrenden, dann teils rasant steigenden Infektionszahlen in einigen Landesteilen lassen eine hohe Dunkelziffer befürchten. Der 14. Mai war bisher der Tag mit der höchsten Zahl an Todesopfern (14) der Corona-Pandemie. Die schon jetzt stattfindende Stigmatisierung Erkrankter, die sowohl in der Gesellschaft als auch in einem Gesundheitssystem, dem es sowohl an Ausrüstung als auch an Ausbildung und medizinischer Ethik fehlt, Ablehnung erfahren, lässt für die potentiell steigenden Zahlen von Infizierten Schlimmes befürchten.

Ab dem 18. Mai soll eine sogenannte „dynamische Quarantäne“ greifen, die den weniger stark betroffenen Gemeinden Boliviens ein graduelles Wiederanfahren wirtschaftlicher Aktivitäten (Agrar- und Bausektor, Industrie, Werkstätten, Essenslieferdienste, Hausangestellte) erlaubt. Noch ist unklar, wie und wann die Schulen wieder geöffnet werden können und insbesondere wie der öffentliche Nahverkehr, der traditionell zu großen Teilen in überfüllten, privaten Kleinbussen stattfindet, während der Lockerung der Quarantäne sinnvoll organisiert werden kann. Seit dem 11. Mai wird aus einigen Städten ein sehr laxer Umgang mit den Quarantänevorschriften berichtet. Mit der „dynamischen Quarantäne“

entspricht die Regierung den wiederholten Forderungen aus der Wirtschaft, die in Bolivien zu großen Teilen informell ist. Mit den Lockerungen soll die Abwägung zwischen sozialem und gesundheitlichem Wohl gelöst werden. Es wird jedoch abzuwarten sein, ob die notwendige Disziplin und soziale Distanzierung unter den geschilderten Umständen eingehalten werden kann.

COVID-19 in Zentralamerika und Mexiko

Michaela Braun

Verglichen mit Europa können einige Länder Mittelamerikas mit teils prekären Gesundheits- und Sozialsystemen der medizinischen Krise und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen eher wenig entgegensetzen. Die Ausgangslage ist jedoch jeweils sehr verschieden: Während Costa Rica als zukünftiges und Mexiko als vollwertiges OECD-Mitgliedsland sowie der internationale Hub Panama wirtschaftlich besser aufgestellt sind, verfügen die Länder des nördlichen Dreiecks, hierunter auch Guatemala und Honduras, über geringere Ressourcen.

Das wahre Ausmaß der Krise scheint in vielen Ländern noch völlig unklar zu sein. Neben einer mangelnden Durchführung von Corona-Tests wird beispielsweise in Mexiko vermutet, dass deutlich mehr Menschen an den Folgen des Virus gestorben sind als bislang bekannt ist. Das teils schlechte Management der Pandemie durch die Regierungen schmälert dabei das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie. Zudem werden Züge des Autoritarismus erkennbar, wenn beispielsweise der mexikanische Präsident das Parlament von der Haushaltsdebatte auszuschließen versucht.

Weder die gesundheitlichen, sozialen noch ökonomischen Konsequenzen sind derzeit abzusehen. Auch wenn sich vor allem in Guatemala aktuell große Solidarität in der Gesellschaft breit macht, könnte in anderen Ländern der Region die soziale Kohäsion langfristig gefährdet sein. Denn die Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie die bevorstehende wirtschaftliche Krise treffen die vielen im informellen Sektor arbeitenden Menschen und die Ärmsten am härtesten. Auch außen- und entwicklungspolitische Fragen werden hier künftig noch von besonderer Relevanz sein: Denn einige Länder Mittelamerikas werden die Finanzierung der Corona-Maßnahmen und die Abfederung der Wirtschaftskrise nicht alleine stemmen können, sondern auf Unterstützung durch internationale Organisationen und Geberländer angewiesen sein. Dabei könnten die USA als wichtigster Handelspartner der Region sowie das sich in Lateinamerika vermehrt engagierende China noch eine entscheidende Rolle spielen.

Mexiko

Hans Blomeier und Ann-Kathrin Beck

Mit offiziell 54.346 Infizierten und 5.666 Toten (Stand 19. Mai 2020) bei 126 Millionen Einwohnern verkündet die mexikanische Regierung, dass sie den Coronavirus unter Kontrolle hat. Doch bei näherem Hinsehen brodelt es gewaltig unter der Oberfläche: Die Situation in Mexiko ist komplex und das wahre Ausmaß der Krise sowie deren gesundheitliche als auch ökonomische Konsequenzen sind nur schwer abzusehen.

Die mexikanische Bundesregierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) verkündete erst Ende März den nationalen Gesundheitsnotstand und freiwillige Distanzmaßnahmen. Der berufliche und private Alltag der meisten Mexikaner ist dennoch stark eingeschränkt, denn im föderal strukturierten Land reagierten zahlreiche Gouverneure von Bundesstaaten und Bürgermeister früher und strenger. Es wurden Ausgangssperren verhängt, öffentliche Einrichtungen und nicht-essentielle Unternehmen geschlossen, Notkrankenhäuser eingerichtet und öffentliche Informationskampagnen abgehalten. Allerdings hängen die Finanzen der Bundesstaaten vom Bund ab, weswegen es in den letzten Wochen zu Kontroversen zwischen Gouverneuren aller Parteien und der Bundesregierung kam. Der Präsident lehnt finanzielle Hilfspakete und Fiskalerleichterungen ab, macht die Unzulänglichkeiten des „neoliberalen Systems“ für die Krise verantwortlich und setzt stattdessen auf direkte Mitteltransfers an bedürftige Bevölkerungsschichten. Um diese uneingeschränkt aufrechterhalten zu können, schreckt er auch nicht vor Versuchen einer Umgehung des Parlaments bei der Haushaltsgestaltung zurück.

Vor dem Hintergrund, dass die mexikanische Wirtschaft bereits vor COVID-19 in der Krise steckte, der mexikanische Peso seit Februar im Vergleich zum Euro um ca. 20 Prozent an Wert verloren hat und vorausgesagt wird, dass die Wirtschaft im laufenden Jahr um 6-10 Prozent schrumpfen wird, wäre es allerdings dringend notwendig, die Unternehmen zu entlasten. Bereits jetzt mussten ca. 200.000 Betriebe schließen, es droht der Verlust von bis zu einer Million Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, dass mehr als 50 Prozent der 126 Millionen Mexikaner im informellen Sektor tätig sind und teils seit Monaten über keine Einkünfte verfügen. Immerhin wurde mit der Vergabe von zwei Millionen Mikro-Krediten für Selbstständige und Kleinstunternehmer begonnen. Die zusätzlichen Mittel sollen durch Kürzungen in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden. Da bereits jetzt erkennbar wird, dass diese staatlichen Maßnahmen die Ausfälle nicht auffangen werden können und zudem eine baldige Normalisierung des Geschäftslebens und entsprechende Investitionen nicht in Sicht sind, steigt die Nervosität in der Bevölkerung.

Auch die Gesundheitsinfrastruktur des Landes ist unterfinanziert und schlecht ausgestattet. Rasche Notkäufe der Regierung wurden nach nicht nachvollziehbaren Kriterien auf die Bundesstaaten verteilt, wobei sich Vorwürfe von Nepotismus bei der Auftragsvergabe mehren. Zudem hat sich die Veröffentlichung der Zahlen zu verfügbaren Betten, Beatmungsgeräten und Todeszahlen in ein Politikum verwandelt. Mehrere Gouverneure und Medien warfen der Regierung vor, keine realen Zahlen zu publizieren und das Ausmaß der Krise in Mexiko kleinzureden. Tatsächlich mangelt es Mexiko bei der Pandemie-Bekämpfung an verlässlichen Informationen: Mit 0,4 Tests pro 1.000 Einwohnern ist das Land trauriges

Schlusslicht im OECD-Ranking. Ein Plan zur Wiederöffnung existiert bereits. Vor dem Hintergrund aber, dass er auf einem mathematischen Modell basiert, dessen Voraussagen zu Infektionsszahlen und Höhepunkt der Krise bereits mehrfach korrigiert wurden, und die Fallzahlen derzeit weiter steigen, ist die Rückkehr zur "neuen Normalität" ab dem 1. Juni jedoch ein riskanter Schritt.

Bei den zahlreichen Halbwahrheiten und Fake News, die derzeit insbesondere in den sozialen Netzwerken kursieren, spricht der Präsident von einer „Infodemia“. Doch gerade er selbst und seine Regierung teilen im Zuge der täglichen Pressekonferenzen keine klaren Informationen mit, sondern widersprechen sich selbst. Dies verunsichert die mexikanische Bevölkerung zusätzlich und bewirkte, dass die Zustimmungswerte für die Regierung erstmals seit Amtsantritt auf unter 50 Prozent fielen. Der Opposition gelingt es jedoch nur auf Ebene der Bundesstaaten, daraus Profit zu schlagen, gutes Krisenmanagement von Bürgermeistern und Gouverneuren wird von den Wählern durchaus geschätzt.

Immerhin hat die Krisensituation die Regierung zum internationalen Dialog animiert. Der Präsident nahm virtuell an seinem ersten G20-Gipfel teil, initiierte eine UN-Resolution zur gerechten Verteilung von medizinischen Gütern und kooperierte mit Regierungen in der Region zur Rückführung von Flüchtlingen. Die Beziehung zu den USA bleibt tagesformabhängig. Einerseits gab es Telefongespräche zwischen den Präsidenten, eine Lieferung von Beatmungsgeräten und ein gemeinsames Vorgehen bei der OPEC+ und zudem sind mexikanische Erntehelfer vom Migrationsstopp der USA ausgeschlossen. Andererseits lobte US-Präsident Trump auf Twitter erneut seine Grenzmauer, die im Zweifelsfall auch vor Ansteckungen schützen soll. Außerdem bleibt fraglich, wie die mexikanische Industrie nun die Voraussetzungen des am 1. Juli in Kraft tretenden Freihandelsabkommens Mexiko-USA-Kanada (T-MEC) erfüllen und dem EU-Mexiko-Abkommen gerecht werden kann. Brisant ist, dass das T-MEC eine Klausel enthält, die Freihandelsabkommen der Partner mit Ländern "ohne freie Märkte" reglementiert. Nach US-amerikanischer Lesart beinhaltet dies vor allem China. Doch China ist Mexikos zweitwichtigster Handelspartner und die Kooperation intensiviert sich aktuell sogar: Mexiko erwartet ca. 120 Tonnen medizinische Ausrüstung aus China und es gab öffentliche Zuspruchsbekundungen der mexikanischen Regierung. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Annäherung auf die Beziehung USA-Mexiko auswirkt.

Guatemala

Dr. Rudolf Teuwsen

Dem Management der COVID-19-Pandemie hat sich die erst kurz vor deren Ausbruch ins Amt gekommene Regierung Guatemalas mit großem Engagement und bemerkenswerter Ausgewogenheit gestellt. Präsident Alejandro Giammattei hat sich diese Aufgabe persönlich auf die Fahnen geschrieben, und zwar, wie er stets betont, „als Arzt und als Präsident“. Jeden Tag informiert er im Fernsehen und in den Kanälen der Sozialen Medien über die neuesten Statistiken und Maßnahmen. Und die demonstrieren ein vergleichsweise hohes Maß an Effektivität. Zwar gibt es inzwischen deutlich mehr als 1.000 Fälle. Angesichts einer Bevölkerung von mehr als 16 Millionen Menschen ist diese Zahl im Weltmaßstab jedoch gering; auch bei den Todesfällen (2,4 Prozent im Vergleich zu weltweit 6,9 Prozent) muss Guatemala den internationalen Vergleich nicht scheuen.

Insgesamt zeigt sich in dieser Ausnahmesituation viel Verständnis und Kooperationsbereitschaft bei den Menschen – auch wenn die Bevölkerung vor allem der ländlichen Gebiete gelegentlich ihren Unmut gegenüber von den USA und Mexiko abgeschobenen Migranten äußert, die in der Mehrheit infiziert sind, aber nach ihrer Ankunft im Land unter Quarantäne gestellt werden. Nichtsdestotrotz zeichnet sich im ganzen Land derzeit ebenso ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft ab. In Supermärkten werden Lebensmittelpenden gesammelt, Restaurants verteilen mittags kostenlos Essen an Bedürftige und fünf eigens eingerichtete Krankenhäuser wurden durch Geld- und Sachspenden großer Unternehmen finanziert.

Dennoch sind auch für Guatemala, dessen Staatshaushalt aufgrund mangelnder Steuereinnahmen keine großen Spielräume zulässt, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Epidemie erheblich. Die Bewegungs- und Kontaktbeschränkungen machen es sehr vielen Menschen, die in der informellen Wirtschaft ihren Lebensunterhalt verdienen, unmöglich, überhaupt an Geld zu kommen. Für die 200.000 am stärksten betroffenen Familien hat die Regierung daher ein Notversorgungsprogramm aufgelegt. Im April erhalten diese ein Lebensmittelpaket und ab Mai bekommen sie monatlich GTQ 1.000 (ca. 120 Euro), um damit die wichtigsten Einkäufe tätigen und unabwendbare Rechnungen bezahlen zu

können. Für dieses Programm stehen GTQ 11 Mrd. (ca. 1,3 Mrd. Euro) zur Verfügung. Mit weiteren GTQ 3,6 Mrd. (ca. 424 Mio. Euro) greift die Regierung den von der Epidemie betroffenen Unternehmen, beziehungsweise deren Angestellten unter die Arme. Dazu wurde ein der Kurzarbeit vergleichbares Instrument eingeführt, das Arbeitgebern und Arbeitnehmern erlaubt, im gegenseitigen Einvernehmen Arbeitsverträge zu suspendieren. Die Initiative muss vom Arbeitnehmer ausgehen, der dann von der Regierung pro Arbeitstag GTQ 75 (ca. 9 Euro) Lohnersatz erhält und seinen Arbeitsplatz nicht verliert. Inzwischen haben gut 70.000 Personen von dieser Option Gebrauch gemacht; eine Welle von Entlassungen hat es bisher nicht gegeben.

Das Ziel, ab Mitte Mai die wirtschaftlichen Aktivitäten schrittweise wieder hochzufahren, konnte aufgrund der steigenden Infektionszahlen nicht verwirklicht werden. Hier setzt die Regierung ganz offen auf den Schutz der Gesundheit vor dem der Wirtschaft. Da Betriebe unter Einhaltung von Hygiene- und Schutzmaßnahmen wenigstens teilweise weiterarbeiten können, gibt es an dieser Priorisierung so gut wie keine Kritik. Dazu trägt sicherlich auch bei,

dass die Regierung sich durch Gespräche bemüht, Vertreter der Wirtschaft und Gesellschaft in ihre Überlegungen und Entscheidungen einzubeziehen. Ungehalten hat Giammattei jedoch gelegentlich auf das Verhalten des Kongresses in dieser Ausnahmesituation reagiert: Entscheidungen über Nachtragshaushalte wurden ihm nicht rasch genug getroffen; zu häufig werden seiner Meinung nach Vertreter der Regierung für Befragungen vor das Parlament zitiert. Im Großen und Ganzen ist es ihm jedoch bisher erstaunlich gut gelungen, bei wichtigen Entscheidungen im Kongress auch eine Mehrheit zu organisieren. Kritik anderer Kontrollorgane (Menschenrechtsbeauftragter, Rechnungshof) oder von Nichtregierungsorganisationen hat er bislang konstruktiv aufgenommen.

Wie hoch der langfristige wirtschaftliche und soziale Schaden der Pandemie für Guatemala ausfallen wird, lässt sich kaum verlässlich einschätzen. Es gibt einen großen Unternehmergeist und eine erstaunliche Innovationsfähigkeit im Land. Der IWF sagt einen vergleichsweise geringen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2 Prozent für das Jahr 2020 voraus; ursprünglich war ein Wachstum von rund 3,5 Prozent erwartet worden. Das staatliche Einnahmefizit könnte GTQ 12 Mrd. (ca. 1,4 Mrd. Euro) erreichen und damit die Staatsverschuldung etwas in die Höhe treiben. Sie liegt zurzeit bei ca. 26 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, 30 Prozent sind mindestens zu erwarten. Die Rating-Agentur Fitch hat daher zwar die Bonität Guatemalas um eine Stufe abgesenkt, Konkurrent Standard & Poors auf einen solchen Schritt hingegen verzichtet.

Honduras

Dr. Rudolf Teuwsen und Severin Harpf

Nachdem am 11. März der erste Corona-Fall in Honduras gemeldet wurde, hat die Regierung bereits am 16. März strikte Ausgangsbeschränkungen auferlegt, die bis heute gelten und die Einstellung aller nicht notwendigen Aktivitäten im öffentlichen und privaten Bereich mit sich bringen. Trotz im weltweiten Vergleich eher gering anmutender Fall- und Todeszahlen ist Honduras eines der am stärksten betroffenen Länder der zentralamerikanischen Region. In dem von extremer Armut geprägten Land sorgen insbesondere die strengen Ausgangsbeschränkungen für existentielle Probleme der armen Bevölkerung. Der Großteil der

erwerbstätigen Bürger lebt von den Einnahmen der täglichen Geschäfte. Diese Problematik birgt, in Zusammenhang mit dem mangelhaften Zustand des staatlichen Sozialsystems, langfristig ein beachtliches soziales Konfliktpotential, auch wenn die erwarteten sozialen Unruhen bis dato ausgeblieben sind.

Das Krisenmanagement der Regierung zeigt deutliche Schwächen auf. Zwar wurde vom Parlament eine Neuverschuldung von 2,5 Mrd. US-Dollar für die Pandemiebekämpfung genehmigt und das Budget für den Gesundheitssektor entsprechend erhöht. Jüngst kam es jedoch zu Veruntreuungsvorwürfen gegen Behörden des staatlichen Krisenteams bei der Beschaffung medizinischer Ausrüstung. Nach Schätzungen beläuft sich der verursachte finanzielle Verlust der Staatskasse auf ca. 2,2 Mio. Euro. Die beschuldigten Funktionäre und begünstigten Herstellerfirmen zählen so letztendlich zu den Profiteuren der Krise, denn angesichts der schwachen und in ihrem Handlungsrahmen eingeschränkten staatlichen Justizbehörden ist eine umfangreiche Aufklärung der Korruptionsvorwürfe unwahrscheinlich. Damit wären wichtige Gelder für den Ausbau des seit jeher maroden

Gesundheitssystems verloren und die honduranische Bevölkerung und insbesondere die COVID-19-Patienten und das medizinische Personal im Umkehrschluss stünden als Verlierer der Krise da. Als weiterer Profiteur könnte der Staatspräsident, Juan Orlando Hernández, aus der Krise hervorgehen. Dieser wurde durch die US-Justiz unlängst der Beteiligung an illegalen Drogengeschäften bezichtigt. Im Falle einer offiziellen Anklage wird von Regierungskritikern befürchtet, der Staatschef könne, zum Schutze seiner Immunität, durch eine Aufrechterhaltung des nationalen Notstands die für kommendes Jahr vorgesehenen Präsidentschaftswahlen suspendieren und sich im Amt halten. Darüber hinaus könnte die Krise dem Regierungschef einen Vorwand bieten, von anderen (sozialen, wirtschaftlichen) Missständen abzulenken.

Die Lebensmittelversorgung der untersten sozialen Schichten versucht die Regierung durch die Verteilung von Grundnahrungsmittelpaketen in den Armenvierteln zu lösen. Aufgrund mangelhafter Organisation werden jedoch nicht alle Bedürftigen erreicht. Auch wurde verstärkt der Vorwurf laut, die Lebensmittelverteilung werde als parteipolitisches „Druckmittel“ instrumentalisiert, indem Regierungsanhänger bevorzugt würden. Obwohl die Versorgung trotzdem auch in den Armenvierteln größten Teils gewährleistet zu sein scheint, werden die steigenden Infektionszahlen damit in Verbindung gebracht, dass die Mehrheit der armen Bevölkerung sich schlichtweg nicht an die geltenden Ausgangsperrren halten kann. Zu groß ist die Notwendigkeit, sich ein paar Lempiras (nationale Währung) für Lebensmittel zu verdienen. Als Maßnahmen gegen den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen wurde von der Regierung für die suspendierten Angestellten des formellen Sektors eine Art „Kurzarbeitsprogramm“ eingeführt. Auch wurde den Arbeitgebern des formellen

Sektors, die ihren Angestellten während der Krise nicht kündigen, ein Steuernachlass von 10 Prozent zugesagt. Die große Anzahl von Erwerbstätigen des informellen Sektors (ca. 80 Prozent) wird durch beide Maßnahmen jedoch nicht erreicht. Bisher kam es landesweit zu gut 100.000 Entlassungen.

Eine Rückkehr zum normalen Alltag ist in Honduras schwer absehbar. Aufgrund der sich abzeichnenden gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie wird ein allmähliches Hochfahren der wirtschaftlichen Aktivitäten immer notwendiger (Wachstumsprognose 2020: -2,3 Prozent). Die Einführung eines nationalen Kreditfonds für mittelgroße und kleine Unternehmen soll hierbei unterstützen. Darüber hinaus gewährt das nationale Bankensystem verschuldeten Unternehmen und Privatpersonen Krediterleichterungen.

Vertreter der Privatwirtschaft haben der Regierung zudem einen Plan für die schrittweise Wiederöffnung der Wirtschaft unter Einhaltung strikter Gesundheitsprotokolle vorgelegt. Angesichts mangelnder Kontrollmechanismen und „Knowhow“ ist derzeit jedoch ungewiss, ob diese Protokolle eingehalten werden können. Hinsichtlich internationaler Kooperation spielen insbesondere die Vereinigten Staaten als wichtigster Handelspartner bei der Ankurbelung der geschwächten honduranischen Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Zudem unterstützen die USA den zentralamerikanischen Staat bei der Pandemiebekämpfung finanziell und durch Spenden von medizinischer Ausrüstung.

Costa Rica

Evelyn Gaiser

Nachdem am 6. März in Costa Rica der erste Corona-Fall bestätigt wurde, reagierte die Politik rasch. Seit dem 17. April nahm die Zahl der aktiven Fälle ab und das Land verzeichnet eine der weltweit niedrigsten Sterberaten. Zentral für den Erfolg waren neben dem soliden Gesundheitssystem die effiziente Reaktion der Regierung, die gute interinstitutionelle Zusammenarbeit der Behörden und die weitgehende Einhaltung der Vorgaben durch die Bevölkerung.

In Costa Rica wurde die verzögerte Ankunft des Virus genutzt, um sich auf die Pandemie vorzubereiten. Mit der Ausrufung des nationalen Notstands am 16. März wurden die Grenzen des Landes geschlossen und das öffentliche Leben auf ein Minimum zurückgefahren. Strände und Nationalparks wurden abgesperrt und Schulen geschlossen. Gleichzeitig verzichtete das Land auf die Verhängung einer vollständigen Ausgangssperre und konzentrierte sich auf die Einschränkung des Fahrzeugverkehrs. Die Bevölkerung zeigte sich diszipliniert: Einer Auswertung von Mobilfunkdaten zufolge, ging die Frequentierung von Geschäften, Erholungsorten, Stränden und Parks in Costa Rica um 82-84 Prozent zurück. In der Region sticht Costa Rica im Umgang mit der Krise durch Innovationsgeist sowie gut ausgebildete Fachkräfte im Bereich der Medizintechnologie hervor. Die enge Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Institutionen führte zu fortschrittlichen Lösungsansätzen inklusive der Entwicklung von Schutzausrüstung mithilfe von 3D-Druckern und der Einrichtung eines auf COVID-Fälle spezialisierten Krankenhauses innerhalb von nur elf Tagen. Weiterhin wurde intensiv mit multilateralen Institutionen kooperiert: So geht die Initiative Act Accelerator der WHO, die einen Mechanismus zum Zugriff auf relevante Technologien im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus bieten soll, auf den Vorschlag Costa Ricas zurück.

Auch in Costa Rica konkurriert die gesundheitspolitische mit der wirtschaftspolitischen Dimension. Durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus befinden sich viele Bereiche der Wirtschaft im Stillstand. Die Weltbank prognostiziert dem Land einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 3,3 Prozent. Im ersten Trimester 2020 stieg die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordhoch von 12,5 Prozent. Für die ca. eine Million Costa-Ricaner, die sich vor dem Ausbruch der Pandemie in informellen Arbeitsverhältnissen befanden, ist die Lage besonders prekär. Die hohe soziale Ungleichheit dürfte sich durch die Krise weiter verschärfen. Während Menschen in gut bezahlten Bürojobs von zu Hause aus weiterarbeiten können, verloren die Einkommensschwächsten ihre Arbeit. Am stärksten betroffen ist der Tourismussektor, in dem 13 Prozent der Bevölkerung arbeiten und der im April 365 Mio. US-Dollar an

Einnahmen abschreiben musste. Die Zeit der Quarantäne wurde aber auch von vielen Betrieben genutzt, um neue Grundlagen für höchste Hygienestandards zu legen. Wenn internationale Reisen wieder möglich sein werden, dürften dies Costa Ricas Reputation als sicheres Reiseland zugutekommen.

Angesichts der rückläufigen Ansteckungsrate und der zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Lage gelten seit dem 1. Mai erste Lockerungen, die in vier Phasen über 80 Tage ausgeweitet werden. Die Grenzen bleiben jedoch bis mindestens zum 15. Juni geschlossen und Kirchen und Schulen werden erst als letzte Einrichtungen und unter strengen Auflagen geöffnet. Es gelten weiterhin die Regeln des sozialen Abstands und eine Empfehlung zum Tragen von Schutzmasken an öffentlichen Orten. Derzeit werden Möglichkeiten zur Nutzung einer App zur Nachverfolgung von COVID-19-Fällen geprüft. Die Anwendung soll nur mit der Zustimmung des Nutzers und mithilfe der Bluetooth-Technologie funktionieren. Diskutiert wird die Umwandlung einer bestehenden App zur digitalen Gesundheitsakte der costa-ricanischen Sozialversicherungskasse, was den Vorteil mit sich brächte, dass bereits 38 Prozent der Bevölkerung die Anwendung auf ihrem Mobiltelefon installiert haben. Doch auch wenn es Costa Rica gelungen ist, die Kurve abzuflachen, weisen Experten darauf hin, dass die Pandemie noch nicht unter Kontrolle ist. Die niedrige Ansteckungsrate bedeutet im Gegenzug eine niedrige Immunität in der Bevölkerung. Am 13. Mai stieg die Zahl der aktiven Fälle erstmals wieder leicht an. Ein besonderes Risiko birgt die schwer kontrollierbare Grenze zum Nachbarland Nicaragua, in dem die Regierung kaum Maßnahmen gegen die Pandemie ergriffen hat und COVID-19 sich unkontrolliert ausbreitet.

Zwar spiegelt sich in Costa Rica die gute Handhabung der medizinischen Krise in den Zustimmungswerten des Präsidenten, die von 22 auf 65 Prozent schossen. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise dürften jedoch die Probleme, die vor dem Ausbruch der Pandemie für schlechte Umfragewerte sorgten, etwa die horrenden Lebenshaltungskosten und die hohe Arbeitslosigkeit, wieder in den Vordergrund treten. Eine unmittelbare Herausforderung liegt zudem in der Finanzierung der Corona-Maßnahmen. Costa Ricas finanzieller Spielraum ist aufgrund der schwierigen Ausgangslage sehr begrenzt. Hier ist das Land auf die Unterstützung internationaler Institutionen angewiesen. Wirtschaftsexperten hoffen, dass die Regierung die Pandemie und die damit einhergehende Wirtschaftskrise zum Anlass nimmt, längst überfällige Maßnahmen wie die Entschlackung des aufgeblähten Staatsapparats, die Öffnung weiterer Wirtschaftszweige für den Wettbewerb und das Refundieren der großen Schuldenlast umzusetzen.

Panama

Winfried Weck und Hannah Freericks

Nach einem schweren Fauxpas zu Beginn der Krise fuhr die Regierung Panamas einen konsequenten Kurs im Kampf gegen das Coronavirus. Der nationale Notstand wurde ausgerufen, der komplette kommerzielle Flugverkehr eingestellt, Grenzen geschlossen und eine landesweite Ausgangssperre verhängt. In der Region Zentralamerika hat Panama bis heute vorbildhaft gehandelt. Dies könnte auch daran liegen, dass der Kanalstaat finanziell weitaus unabhängiger ist als andere Länder. Trotzdem bahnen sich auch hier politische, wirtschaftliche und soziale Probleme an.

Zwar hatte Panama bereits Ende Januar einen Präventionsplan zu COVID-19 veröffentlicht und epidemiologische Überwachungsmaßnahmen von Reisenden implementiert, doch bis zur zweiten Märzwoche nahm die Bevölkerung diese Vorkehrungen kaum wahr. Am 8. März verstarb jedoch der Schuldirektor einer der größten Schulen des Landes mit über 4.200 Schülern und 600 Lehrern an einer Lungenerkrankung, die er zuvor bereits drei Wochen lang gehabt hatte. Er galt nicht als möglicher Verdachtsfall auf COVID-19, da er vorher nicht gereist war. Einen Tag später meldete Panama den ersten bestätigten Fall (eine Panamaerin, die zwei Tage zuvor aus Spanien eingereist war). Inzwischen hatte man den verstorbenen Schuldirektor auch auf COVID-19 getestet und ein positives Ergebnis erhalten. Dies bedeutete, dass das Virus schon wesentlich früher nach Panama gekommen war als von der Regierung angenommen und sich so während der Karnevalstage unbemerkt verbreiten konnte. Nach Bekanntwerden dieses Versäumnisses änderte sich das Verhalten von Regierung und Bevölkerung schlagartig. COVID-19 erhielt eine neue Priorität. Die Empfehlungen internationaler Gesundheitsorganisationen wurden schnell umgesetzt. Der Präsident rief bereits am 13. März, also nur vier Tage nach dem ersten offiziell betätigten Fall, den landesweiten Ausnahmezustand aus. Sämtliche Veranstaltungen mussten abgesagt werden, der Schul- und Universitätsunterricht wurde ausgesetzt, für Büros wurde Home Office empfohlen und alle Geschäfte wurden geschlossen; nur Supermärkte, medizinische Einrichtungen, Apotheken und Tankstellen sind geöffnet. Der Präsident ordnete am 18. März zunächst eine partielle, seit dem 25. März dann eine komplette Ausgangssperre an. An vielen strategischen Punkten der Hauptstadt und entlang der Panamericana wird streng kontrolliert und es gibt empfindliche Strafen bei Nichteinhaltung. Die Polizeipräsenz wurde stark angehoben, nachdem es in den ersten Nächten der totalen Ausgangssperre zu Ausschreitungen mit brennenden Reifen und Plünderungen von kleineren Geschäften gekommen war. Obwohl die meisten Panamaer die Maßnahmen der Regierung akzeptieren und unterstützen, gibt es dennoch täglich Hunderte, die das Ausgangsverbot missachten.

Die Wirtschaft in Panama ist dank des Kanals, des Standortes Panama City als Bankenzentrum und der größten Kupfermine der Welt breiter aufgestellt als in manch anderem Land der Region. Die von COVID-19 verursachten Folgen für die Wirtschaft, der ohnehin das schwächste Wachstum seit 2009 prognostiziert wurde, sind dennoch dramatisch. Das Haushaltsdefizit wird sich nach aktuellen Schätzungen des IWF durch COVID-19 um ca. 3,7 Mrd. US-Dollar erhöhen und in der Staatsverschuldung niederschlagen, die allein im Jahr 2019 um 5 Mrd. US-Dollar auf insgesamt 31 Mrd. US-Dollar angestiegen war. Im April gewährte der IWF Panama einen Kredit von 515 Mio. US-Dollar für Sofortmaßnahmen. Kurz danach emittierte Panama Staatsanleihen in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent und einer Laufzeit bis 2056 auf dem internationalen Markt.

Insgesamt scheint Panama dennoch vergleichsweise gut aufgestellt und das Krisenmanagement der Regierung führte durchaus zu einigen Erfolgen: So ist auf dem Gelände des nationalen Flughafens in nur vier Wochen ein Notkrankenhaus aus Containermodulen gebaut worden, wobei das Land über etwa 350 Intensivbetten und 500 Beatmungsgeräte verfügt. Weiterhin gelang es Panama trotz limitierter Ressourcen, seine COVID-19-Testkapazitäten stark aufzustocken. Für Betriebe ist ein finanzielles Sofortprogramm in die Wege geleitet worden, wofür zunächst 50 Mio. US-Dollar zur Verfügung stehen. Um insbesondere demjenigen Teil der Bevölkerung zu helfen, der im informellen Sektor tätig oder durch die Quarantänemaßnahmen arbeitslos geworden ist, startete die Regierung das Programm „Panama Solidarió“, durch das im ganzen Land Essengutscheine und

Lebensmittelpakete verteilt werden sollen. Allerdings erreichten diese nicht die gesamte Bevölkerung, sodass es Ende April immer häufiger zu öffentlichen Protesten kam. Zudem erschütterte ein Korruptionsskandal, in den der Vizepräsident verwickelt ist, die Glaubwürdigkeit der Regierung Cortizo in der Bevölkerung schwer. Dabei ging es um den Kauf von medizinischem Material und die Ausstattung des Containerkrankenhauses zu drastisch überzogenen Preisen. Das transparente und konsequente Vorgehen der Regierung in den ersten Wochen der COVID-19-Krise und die daraus resultierende breite Unterstützung der Regierungspolitik drohen zu kippen. Am 11. Mai wurde der Entwurf für eine Exitstrategie der Regierung veröffentlicht, konkrete Termine wurden dabei allerdings nicht genannt.

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Jan Woischnik, Leiter Abteilung Lateinamerika Berlin
Annette Schwarzbauer, Referentin Cono Sur Berlin
Olaf Jacob, Büroleiter Buenos Aires
Anja Czymmeck, Büroleiterin Rio de Janeiro und Kevin Oswald, Trainee
Andreas Klein, Büroleiter Santiago de Chile
Sebastian Grundberger, Büroleiter Montevideo und Thomas Schaumberg, Trainee
Dr. Christina Stolte, Referentin Andenstaaten Berlin
Stefan Reith, Büroleiter Bogotá
Maximilian Hedrich, Büroleiter Caracas
Nicole Stopfer, Büroleiterin Lima
Dr. Georg Dufner, Büroleiter La Paz
Michaela Braun, Referentin Zentralamerika und Mexiko Berlin
Hans Blomeier, Büroleiter Ciudad de México und Ann-Kathrin Beck, Trainee
Dr. Rudolf Teuwsen, Büroleiter Ciudad de Guatemala
Severin Harpf, Projektkoordinator Tegucigalpa
Evelyn Gaiser, Büroleiterin San José
Winfried Weck, Büroleiter Ciudad de Panamá und Hannah Freericks, Praktikantin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Jan Woischnik

Leiter Abteilung Lateinamerika
Hauptabteilung EIZ
T +49 30 / 26 996-3577
jan.woischnik@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Satz: Franziska Faehnrich, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-674-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite © picture alliance / AP Photo, Juan Karita